

# Experiment Neuseeland

Als „Kiwi-Wunder“ werden von Ökonomen die Wirtschaftsreformen in Neuseeland bestaunt – der bislang radikalste Umbau eines Wohlfahrtsstaates weltweit. Doch große Teile der Bevölkerung fühlen sich trotz erstaunlicher Erfolge vom Tempo der Veränderungen überfordert und trauern den alten Zeiten nach, als der Staat das gute Leben garantierte.

**E**s gibt ein Land, weit hinter den Meeren, dort, wo die Welt zu Ende ist, da geht Seltsames vor sich.

Da bekommen die Bauern keinen Pfennig Subventionen mehr. Was aber noch wundersamer ist, unvorstellbar für den Rest der Welt – die wollen auch gar kein Geld mehr vom Staat.

Da gibt es Bürger, die möchten nach der Halbierung ihrer Abgaben keine Steuersenkung mehr. Bloß anders verteilt sollen die stetig wachsenden Überschüsse der Staatseinnahmen werden.

In jenem fernen Staatswesen blieben einst die Läden das ganze Wochenende geschlossen. Von Freitagabend bis Montagmorgen war das Land dicht. Jetzt kann der Kunde dort an sieben Tagen 24 Stun-

den lang einkaufen. Dieses Land hat seine früher alles regulierenden Beamten weitgehend abgeschafft, und es kennt keine Korruption. Es konnte seine Inflation auf ein Neuntel des einstigen Höchststandes von knapp 19 Prozent senken. Sollte sie wieder über zwei Prozent steigen, muß der Notenbankchef gehen. So steht es in seinem Arbeitsvertrag.

Die Arbeitslosigkeit wurde – unerreichbares Traumziel hierzulande – fast halbiert (von 11,1 auf 6,2 Prozent), die Staatsschuld so radikal reduziert, daß sie in einigen Jahren gegen Null tendieren soll.

Dieser Staat würde heute schon ohne Mühen jene Maastrichter Kriterien erfüllen, denen in Europa allein Luxem-

burg genügt und die Vorbedingung zur Aufnahme in das Europäische Währungssystem sind. Aber daran hat er gar kein Interesse.

Denn das „Musterland“ liegt ganz weit weg von Europa, dort, wo alles anders ist, mittags die Sonne hoch im Norden steht, Rußland Westen und Amerika Osten bedeutet.

Dieses erstaunliche Wirtschaftswunder blüht in Neuseeland. Einst als „God's own country“ gepriesen, war das Land vor gut einem Jahrzehnt vom Absturz auf Drittweltniveau bedroht, steht aber nun dank einer ökonomischen Roßkur bei allen wirtschaftlichen Wertungen auf einem der vorderen Plätze und wird deshalb weltweit als Beispiel gelobt.



G. MANGOLD / AGENTUR HAMANN

**Skyline von Auckland:** Aus einem langweiligen Ort am Ende der Welt wurde eine Weltstadt mit multikulturellem Flair

Der Inselstaat im Südpazifik mit seinen dreieinhalb Millionen Einwohnern hat sich, wie die OECD lobt, durch das „umfassendste Reformprogramm eines westlichen Landes in neuerer Zeit“ aus schier auswegloser Lage zum „am besten funktionierenden Industrieland aller Mitgliedsstaaten“ hochgerappelt.

In einem sogenannten World Competitiveness Report, der die Langzeit-Konkurrenzfähigkeit sowie die Qualität der Regierung bewertet, steht Neuseeland auf Platz eins, Deutschland aber nur auf Rang 30 der 35 untersuchten Länder.

Die Geschichte, wie die verschlafenen Schafzüchter-Eilande am Ende der Welt sich binnen eines Jahrzehnts vom drohenden Bankrott aus eigener Kraft in ein neues ökonomisches Zeitalter beförderten, ist ebenso faszinierend wie lehrreich. Faszinierend ist das Geschehen, weil von einer kühnen politischen Führung in einem demokratischen Gemeinwesen eine Gesellschaft umgewandelt wurde, ohne daß dabei die Stabilität dieser Demokratie zu Schaden kam. Beispielhaft sind Elan und Konsequenz, mit der diese radikalen Reformen gegen Widerstand und Gruppeninteressen durchgezogen wurden.

Lehrreich sind schließlich nicht nur die unbestreitbaren Erfolge. Auch soziale



Verwerfungen und das Schicksal der Gebeutelten eines jähen Übergangs vom allumfassenden Sozialstaat in eine harte Marktwirtschaft bieten Stoffe zum Nachdenken über die Konsequenzen solcher rabiater Reformen.

Sie führten zu einer Identitätskrise bei vielen Neuseeländern, denen ihr Land

einst ein rundum sicheres Volksheim war, das sie gegen alle Widrigkeiten des Lebens und der Außenwelt abschirmte. Manche fühlten sich plötzlich fremd, ja ausgegrenzt in der eigenen Heimat, seit Neuseeland „in weniger als einem Jahrzehnt von einer Bastion des Wohlfahrts-Interventionismus zu einem neoliberalen Paradies wurde“, so die Kritikerin Jane Kelsey in ihrem Buch „The New Zealand Experiment“.

Weit über die Grenzen der abgelegenen Inseln hinaus interessant ist nicht zuletzt, daß die Wende alle Parteigrenzen sprengte: Begonnen von Sozialisten, „die weiter gingen als Margaret Thatcher es wagte“, so der Londoner *Observer*, dann verschärft fortgeführt von Konservativen, spalteten sie das Volk in Neuerer und Nostalgiker.

„Beispielhaft“, wie die *Neue Zürcher Zeitung* rühmt, ist Neuseeland schließlich, weil angesichts der immer schnelleren Globalisierung der Wirtschaft eine von der Außenwelt abgekoppelte Ökonomie nicht mehr möglich und der hergebrachte Wohlfahrtsstaat auch von reichen Ländern nicht mehr bezahlbar ist.

Insofern haben alle traditionellen Industriestaaten, ob's gefällt oder nicht, im globalen Wettlauf um Kapital und



**Neuseeländisches Farmland:** Die Bauern bekommen keinen Pfennig Subventionen mehr

P. CHESLEY / AGENTUR FOCUS

Arbeitsplätze noch vor sich, was Neuseeland bereits hinter sich hat.

Als „Versuchslabor für gelungene ökonomische Liberalisierung“ sieht der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Robert O’Quinn das pazifische Land. „Falls der US-Kongreß ein Modell sucht, wie Amerika zu verändern wäre“, empfiehlt der Professor, „brauchte man nur einen Flug nach Neuseeland zu buchen.“

Was Wunder, daß eine Mehrheit der Neuseeländer auf sich selbst stolz ist. Das Land biete „auf vielen Gebieten der Welt ein Beispiel“, verkündete die frühere Finanzministerin Ruth Richardson. Premier Jim Bolger sieht seine so wundersam verwandelte Heimat gar als eine Art „ökonomische Ikone“ bestaunt.

Das kleine Land hat schon öfter mal der weiten Welt etwas vorgemacht: Es führte vor über hundert Jahren als erster Staat das Frauenwahlrecht ein, erklärte sich per Gesetz als atomfrei und hat das modernste Umweltrecht der Welt. Nun könnte es zum ökonomischen Vorbild für die westlichen Wohlfahrtsstaaten werden.

„Einst waren wir Vorreiter in Sachen Wohlfahrtsgesellschaft, jetzt sind wir es bei der Reform des Wohlfahrtsstaates, die letztlich überall unvermeidlich sein wird“, urteilt der TV-Kommentator Rod Vaughan. Den Schock des jähen Wandels vieler seit Generationen liebgegener Wertvorstellungen, „der unausweichlich war, weil wir sonst zu einer Bananenrepublik verkommen wären“, vergleicht er drastisch mit „Cold Turkey“ – den Folgen des Entzugs für Drogensüchtige ohne Ersatzstoff: grausam, aber wirksam.

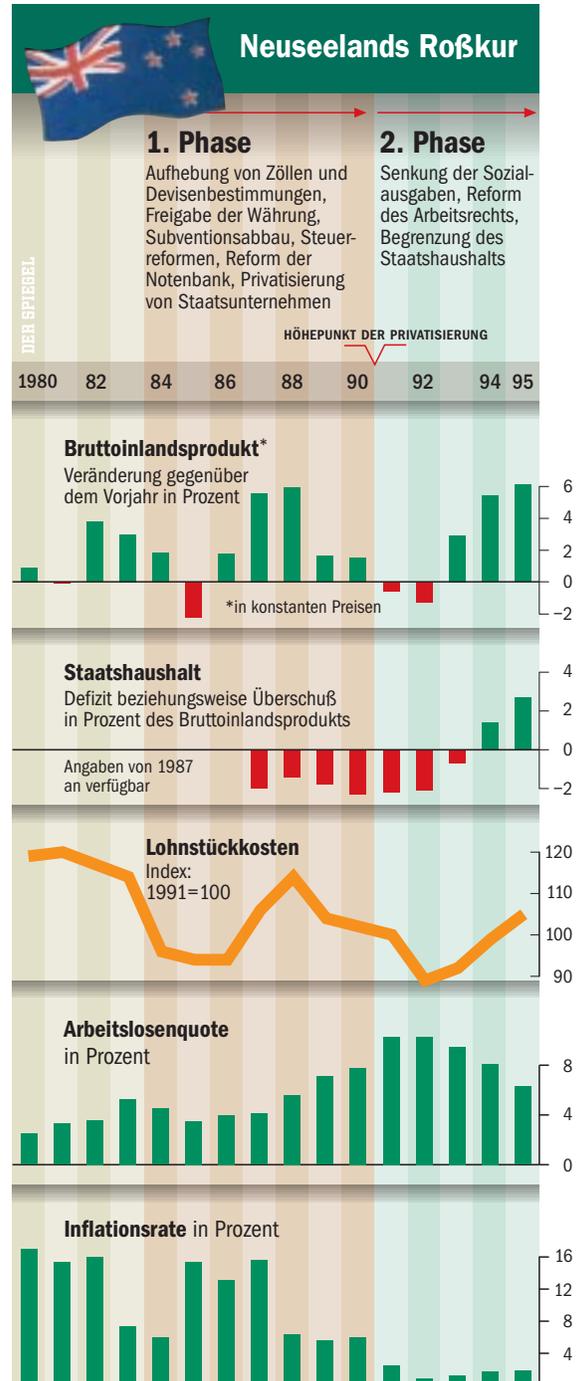
Seit Ende des vorigen Jahrhunderts hatten die Neuseeländer auf ihren paradiesischen Eilanden prächtig gelebt. Sie waren der Garten des Mutterlandes Großbritannien, in das sie bis zu neun Zehntel der Erzeugnisse ihrer Agrarproduktion lieferten: Wolle und Fleisch, Holz- und Milchprodukte.

Bald überflügelte ihr Lebensstandard jenen der Briten und erlaubte den Aufbau einer Wohlfahrtsgesellschaft mit staatlicher Fürsorge von der Wiege bis zum Grabe. Die Neuseeländer, die bis heute keinerlei gesetzliche Sozialabgaben zahlen, genossen aus Steuern finanzierte Pensionen lange vor den Skandinaviern. Ihr seit 1938 kostenloses Gesundheitssystem war umfassender als das britische.

In den fünfziger Jahren erreichte ihr Lebensstandard Weltspitze, übertroffen nur noch von der Schweiz.

Um sich vor aller Unbill von außen abzuschirmen, ließen die Neuseeländer ihr Leben vom Staat nicht nur alimentieren, sondern auch durchregeln. Subventionen päppelten die Bauern, hohe Zollmauern schützten die heimischen Produzenten vor lästiger Konkurrenz, strikte Devisenbewirtschaftung den Neuseeland-Dollar.

Der Staat kontrollierte Verkehr, Industrie, Handel und Banken. Trotz langjähriger konservativer Regierungen hatte sich so ein ökonomischer Sozialismus fast östlicher Prägung etabliert. Diese Idylle zerbrach jäh, als Großbritannien 1973 der



EG beitrug. Neuseelands Agrarexporte ins einstige Mutterland stürzten, durch EGAußenzölle belastet, bald auf ein kümmerliches Zehntel ab. Ein Jahr darauf traf der Schock der Ölkrise das Land.

Nichts war mehr wie vorher. Trotzdem scheute sich die Regierung, die Bürger mit den harten Realitäten zu konfrontieren. Sie finanzierte den Wohlstand fortan mit Krediten und schottete das Land noch mehr von der offenbar unzuverlässigen Außenwelt ab. Folge: Die Staatsschulden explodierten schlimmer als in Deutschland nach der Vereinigung. Die Inflation fraß sich trotz amtlich verordneter Preis- und Lohnstopps auf zweistelligen Ziffern fest.

Viele Neuseeländer verloren in diesen Stagflationsjahren jedes Vertrauen in ihr Kiwi-Paradies und wanderten aus. Ein bitterer Witz machte die Runde: Der letzte, der das Land verlasse, möge bitte das Licht ausmachen.

Erst mit zehn Jahren Verspätung wurde endlich jedermann klar, daß es so nicht mehr weitergehen konnte. Neuseelands internationale Kreditwürdigkeit war rapide gesunken. In den OECD-Statistiken besetzte das Land einen Dauerplatz am Ende der Skala. Eine sogenannte Think-big-Politik, die der selbstherrliche konservative Patriarch Sir Robert Muldoon dekretiert hatte, verkam im Volksmund zu „Sink big“.

1984 stimmten die Wähler für einen Wechsel und brachten Labour an die Macht. Der neue Premier David Lange, dessen Vorfahren aus Bremen eingewandert waren, bescheinigte seiner der guten alten Zeit nachtrauernden Heimat „die Effizienz einer polnischen Werft“. In der Tat: Japanische Fernsehgeräte etwa mußten zerlegt werden, bevor sie in Neuseeland eingeführt werden durften – um dort dann teuer zusammengesetzt zu werden. Der Kunde konnte zwischen lediglich zwei Kühlschränken heimischer Produktion wählen.

Der Regulierungsirrsinn hatte zuweilen absurde Formen angenommen: Für den Bezug einer ausländischen Zeitschrift war eine Devisengenehmigung erforderlich. Margarine gab es nur auf ärztliche Verschreibung. Teppichböden mußten aus heimischer Schafwolle sein. Wer Qualitätsware wollte, flog auf Einkaufstour ins zweitausend Kilometer entfernte

Australien. Bei der Rückkehr schröpfte ihn der Zoll.

Die staatlichen Eisenbahnen verloren nicht nur eine Million Dollar Steuergelder täglich, sondern trotz grotesken Personalüberhangs auch regelmäßig Fracht, sogar ganze Waggons. In den staatlich verwalteten Häfen verrotteten wegen laxer Arbeitsmoral und ständiger Streiks die Güter. Der Inlandsluftverkehr funktionierte weniger nach Fahrplan als nach Lust und Laune des pampigen Personals.

Die Staatsunternehmen waren chronisch defizitär, auch die Forste, obwohl deren Holz weltweit gefragt war. Farmer kassierten 40 Prozent ihres Einkommens in Form staatlicher Subventionen. Ein Viertel des Volkes bezog Wohlfahrtsgelder. Es gab Familien, die bereits in der vierten Generation von Sozialfürsorge lebten.

Zwischen 1950 und 1984 war Neuseelands verkrustete Wirtschaft nur halb so schnell gewachsen wie in den übrigen OECD-Staaten. Die Produktivität hinkte noch weiter hinterher. Die Neuseeländer waren bald höher verschuldet als die Brasilianer.

Angesichts solch ökonomischen Horrors warf die Labour-Regierung das Ruder in einem gewaltigen Kraftakt um 180 Grad herum, geheiligte sozialistische Grundsätze flogen über Bord. Ausgerechnet Sozialisten verschrieben sich über Nacht einem in dieser Weltgegend bis dahin unbekanntem Wirtschaftsliberalismus – heute, mit zehn Jahren Verspätung, Lehrstück für Britanniens Labourführer Tony Blair.

Finanzminister Roger Douglas, treibende Kraft des dramatischen Wandels,

verordnete dem Land eine drakonische Roßkur, um „40 Jahre Mißmanagement“ aufzuholen.

Sein Programm zum Aufbau einer gänzlich neuen Wirtschaft, nach dem Erfinder „Rogernomics“ getauft, wurde überfallartig durchgezogen getreu der Douglas-Maxime: „Grundsätzliche Reformen müssen in Quanten-Sprüngen verwirklicht werden, weil sonst Interessengruppen Zeit finden, ihre Klientel zu mobilisieren, einen zu zermürben und alles zu verwässern. Schnelligkeit ist dabei ebenso wichtig wie das Prinzip, die Privilegien verschiedenster Gruppen auf einmal zu kappen.“

Und: „Halte niemals auf halbem Wege an. Gegenrisches Feuer ist viel weniger



Reformer Lange



Reformer Douglas

A. HABICHT

FOTOPRESS / EVENING POST

gefährlich, wenn es sich auf ein schnell bewegliches Ziel richtet.“

Goldene Worte angesichts von Bonner Spar-, Steuer- und sonstigen Stümpereien, die stets schon heillos zerredet sind, bevor sie überhaupt begonnen haben und allenfalls bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt durchkommen – wozu dem Londoner *Economist* anlässlich der deutschen Ladenschlußdebatte nur noch das höhnische Wortspiel „Wirtschaftsblunder“ einfiel.

Neuseelands radikaler Marktwirtschaftler Douglas, „getarnt in sozialistischer Wolle“, so Kritiker von links über den rüden Roten, überraschte seine Landsleute hingegen mit wahren ökonomischen Keulenschlägen:

- ▷ Von heute auf morgen gab es keine Subventionen für Farmer mehr.
- ▷ Der Spitzensteuersatz betrug nicht mehr 66 Prozent, sondern nur noch 33 Prozent. Gleichzeitig wurden alle Sonderabschreibungen ersatzlos gestrichen. Statt verschiedener Verbrauchsteuern gibt es nur noch eine allgemeine Mehrwertsteuer von inzwischen 12,5 Prozent.
- ▷ Die Währung wurde um 20 Prozent abgewertet, ihr Kurs dann freigegeben, der Kapital- und Warenverkehr völlig liberalisiert.
- ▷ Läden dürfen öffnen, wann sie wollen.
- ▷ Eine Verwaltungsreform reduzierte die Kreise und Kommunen von 828 auf 86 Regierungsbezirke, Ministerien und staatliche Verwaltungen mußten, weltweit einmalig für den öffentlichen Dienst, fortan wie Privatunternehmen nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden und Rechnung legen. Die

## Die Reformen verschärften zunächst die Krisen

Bediensteten haben nur noch Fünfjahresverträge und werden nach Leistung bezahlt. Insgesamt schrumpfte so die Zahl der Staatsdiener von 88 000 auf 36 000.

- ▷ Die meisten Staatsfirmen wurden privatisiert.
- ▷ Die Notenbank Reserve Bank of New Zealand erhielt völlige Unabhängigkeit nach deutschem Vorbild. Sie ist allein der Geldstabilität verpflichtet.

Zunächst verschärften die Reformen die Krise. Der Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparats und die Privatisierung zahlreicher chronisch überbesetzter Staatsfirmen führten zu Massenentlassungen. Das Verkehrsministerium schrumpfte von 4000 auf 60 Bedienstete. Die privatisierte Bahn – von einem amerikanisch geführten Konsortium übernommen – baute von 21 000 Leuten

16000 ab. Die Post entließ ein Drittel ihres Personals.

Der Staat verkaufte die Telecom, Air New Zealand, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, fast alle Banken und Sparkassen, Versicherungen, Stahlwerke, Druckereien, Ölgesellschaften,

So verwandelte sich die „meistregulierte Wirtschaft außerhalb des Sowjetblocks“ (der einstige Minister für staats-eigene Betriebe, der Sozialist Richard Prebble) binnen eines knappen Jahrzehnts in die „am wenigsten regulierte innerhalb der OECD“ (so Noten-

Forstrechte und Hotels. Insgesamt erbrachte die Privatisierung von über zwei Dutzend Staatskonzernen bislang fast 14 Milliarden Neuseeland-Dollar (14,3 Milliarden Mark).

Verbleibende Staatsbetriebe wurden nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt, sie mußten Dividende an den Fiskus abführen.

bankchef Donald Brash). Segensreiche Folge: Bahn, Post, Telecom und Häfen senkten ihre Gebühren um bis zu 50 Prozent und arbeiten heute mit hohem Gewinn.

Doch die Labour-Partei, obwohl nach drei harten Reformjahren 1987 noch einmal mit größerer Mehrheit wiedergewählt, überlebte die von ihr ausgelöste

Revolution nicht: Ein schwarzer Freitag an der New Yorker Börse beraubte viele wohlhabende Neuseeländer ihres Kapitals, die Arbeitslosigkeit stieg stark an.

Da zog Premier Lange entnervt die Notbremse. Er feuerte seinen Reform-Rambo Douglas und verordnete eine

Richardson zeigte nicht weniger reformerischen Elan als der Erfinder der Rogernomics.

Die Sozialisten hatten zunächst die den Nationals nahestehenden Farmer gerupft, jetzt ging es gegen die Labour-Klientel – die Arbeiter und ihre Ge-

Der Employment Contracts Act vom Mai 1991 beseitigte dieses seit einem Jahrhundert fest verankerte System mit einem Federstrich. Neuseelands Arbeitsmarkt wurde radikaler dereguliert als sonst irgendwo auf der Welt. Arbeitsverträge konnten fortan individuell oder betriebsweise ausgehandelt werden – mit oder ohne Gewerkschaftsbeteiligung.

Die Zwangsmitgliedschaft wurde abgeschafft, das Streikrecht weitgehend eingeschränkt. Die Zahl der Gewerkschaften, die seither keinen gesetzlich geschützten Status mehr besitzen (Verbandssekretärin Angela Foulkes: „Wir wurden schlicht überrollt“) schrumpfte auf 60 und sie verloren die Hälfte ihrer Mitglieder.

Marktwirtschaftler werden nicht müde, diesen Gewaltakt als „Neuseelands Jobmaschine“ zu preisen. In vier

---

## Geht dem Experiment nach der Wahl im Oktober die Luft aus?

---

Jahren nahm die Zahl der Beschäftigten danach um 200 000 zu – fast 15 Prozent.

Dann ging die Regierung daran, die heiligsten Kühe der Wohlfahrtsgesellschaft zu schlachten: das Gesundheits- und das Bildungssystem, bis dahin für alle Bürger kostenlos.

Beide Sparten wurden dezentralisiert, Krankenhäuser wie Schulen weitgehend selbstverantwortlich. An den Kosten für ärztliche Behandlung, Medikamente, Krankenhausaufenthalte müssen sich die Patienten nun beteiligen, Minderbemittelte können sich allerdings davon befreien lassen. Studenten müssen Studiengebühren bezahlen, Stipendien werden nur noch als Kredite gewährt.

Bis 2001 steigt das Pensionsalter stufenweise von 60 auf 65 Jahre. Nebeneinkünfte oder Vermögen werden auf die staatliche Rente angerechnet, beziehungsweise voll versteuert. Generell schrumpften die vorher üppigen Sozialleistungen für alle Wechselfälle des Lebens um fünf bis 27 Prozent.

Die Neuseeländer fühlten sich von beiden traditionellen Parteien gleichermaßen düpiert. Zu sehr waren sie der Vorstellung verhaftet, daß der Staat ihnen ein gutes Leben schuldet, „nun aber haben sie die Sozialausgaben mit der Machete gekappt“ (Foulker).

Die Gewerkschaften vertraten die Ansicht, für derart brutale Reformen habe es kein politisches Mandat gegeben. Verantwortlich dafür sei das von den Briten übernommene Mehrheitswahlsystem, das den Regierungsparteien selbst ohne klare Stimmenmehrheit die parlamentarische Durchsetzung ihrer Schockbehandlung ermöglicht hatte. Sie unterstützen die Bewegung für

---

„Teepause“ im Erneuerungswerk. Es half nichts mehr: 1990 wurde Labour abgewählt und die konservative National Party unter dem liberalen Farmer Jim Bolger kam an die Macht.

Hatte das erschöpfte Wahlvolk gewöhnt, nun werde es wieder gemüthlicher zugehen, so gab es ein bitteres Erwachen: Bolgers Finanzministerin Ruth

werkschaften. Die waren in Neuseeland bis dahin so mächtig gewesen wie allenfalls noch beim Nachbarn Australien.

Das Gewerkschaftsbuch war für Arbeiter obligatorisch. Über 250 Einzelgewerkschaften handelten für ihre Mitglieder mit den Beauftragten der Arbeitgeber landesweit bindende Tarifverträge aus. Streiks waren an der Tagesordnung.

eine Wahlrechtsreform, die schließlich eine Volksabstimmung erzwang. 1993 stimmte eine Mehrheit der Neuseeländer für ein dem deutschen Beispiel entsprechendes Verhältniswahlrecht. „Hätten wir das schon früher gehabt, wären Reformen dieser Art nie möglich gewesen“, gesteht ein führender Politiker.

Mehrheiten wie einst wird es nun nicht mehr geben. Zur Wahl im nächsten Monat treten etliche Parteien an, darunter eine populistische „New Zealand First“ mit rassistischen Parolen gegen angebliche asiatische Überfremdung. So droht dem neuseeländischen Experiment angesichts einer vom Tempo der Veränderungen überforderten Bevölkerung just in einer Zeit die Luft auszugehen, da nach langen mageren Jahren die Früchte des Wandels reifen.

Seit Ende 1991 geht es nämlich wieder aufwärts. Seit 1993 steht das Land

Kasinokomplex „SkyCity“ hochgezogen. Die vielen neuen Hotels sind selbst im Winterhalbjahr ausgebucht, die Jumbos der Air New Zealand voll – vor allem mit Japanern, Hauptträgern des Tourismusbooms.

Eine hochspezialisierte Industrie hat dank eines „Adrenalinstoßes“, so die Handelskammer, Nischen mit wachsenden Chancen auf dem Weltmarkt aufgetan: bei Sportbooten etwa, seit Neuseelands Sieg im America's Cup bei Segelfreaks in, aber auch bei Software oder Elektronik. Das Kontrollsystem des Tokioter Flughafens Narita ist Made in New Zealand.

Die Bauern haben den Subventionschock von 1984 längst verkraftet, nur ein Prozent der 80000 Farmer mußten aufgeben.

„Wir waren früher Witzfiguren, dem Gespött der Städter ausgesetzt, die uns vorwarfen, wir mästeten uns auf ihre Ko-

sierten Welt, das Investoren abschreckte, wurde dank 99prozentiger Digitalisierung das beste. Der Gewinn der Telecom verdreifachte sich. Die Post stellt so gut wie alle Briefe landesweit binnen 24 Stunden zu und erfreut die Kunden mit einem portofreien Tag im Jahr.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel gesteigerter Produktivität pflegt der rastlos in Sachen Reformpolitik reisende Notenbankchef Brash unter die Leute zu bringen: Im Hafen von Tauranga auf der Südsinsel dauerte vor der Privatisierung die Beladung eines Frachters mit 27000 Kubikmetern Holz 12 bis 13 Tage, wofür 44 Arbeiter nötig waren. Heute wird die gleiche Arbeit von 4 Männern in 30 Stunden geleistet.

Brash ist sich sicher, daß letztlich niemand eine Rückkehr zu den nostalgisch beschworenen „guten alten Tagen“ will: „Wer möchte schon 18 Prozent Inflation



**Arbeitslose Jugendliche, Bowls-Spiel im Kurort Rotorua:** Entzugerscheinungen wie bei „Cold Turkey“

gar an der Spitze des Aufschwungs innerhalb der OECD. 1995 kletterte die Wachstumsrate auf 6,1 Prozent.

Der Budgetüberschuß fiel mit fast vier Prozent noch höher aus als erwartet und ermöglichte der Regierung eine Steuersenkung, die den Bürgern im Juli anderthalb Milliarden zusätzlich in die Haushaltskassen spülte. Der niedrigere Steuersatz fiel auf 24 Prozent, die Einkommensgrenze für den Höchstsatz wurde angehoben.

Die Staatsverschuldung ging von 53 auf 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurück und soll noch in diesem Jahrzehnt auf international sensationelle 18 Prozent absinken.

Das Land boomt allenthalben. In der einst langweiligen Wirtschaftsmetropole Auckland, in der heute fast ein Drittel der Neuseeländer wohnen, erinnert die Skyline an Weltstädte wie San Francisco oder Hongkong, die Stadt, Ziel der meisten Einwanderer, hat multikulturelles Flair. Im Zentrum wird von einem US-Konsortium gerade der Hotel- und

sten“, sagt Theo Simeonidis, der Chef des Bauernverbandes. „Jetzt können wir selber über unser Schicksal und unsere Zukunft entscheiden.“

Die Neuseeländer beweisen jedenfalls, daß es eine gesunde Landwirtschaft ohne staatliche Mittel geben kann – in Europa beziehen die Bauern jede zweite Mark aus Steuergeldern. Insgesamt summieren sich die Zahlungen aller OECD-Staaten an ihrem Nährstand auf wahnwitzige 320 Milliarden US-Dollar.

Vom früheren „Narrenparadies“ (so der ehemalige Bauernführer Brian Chamberlin) hat sich Neuseelands Agrarsektor zu einem hochproduktiven Wirtschaftszweig entwickelt, der erfolgreich auf Qualität statt auf Quantität setzt. 85 Prozent der Produktion werden in alle Welt verkauft: Schafffleisch (Weltmarktanteil: 50 Prozent), Wolle, Butter, Äpfel, Kiwi-Früchte und immer mehr exzellenter Wein.

Auch in anderen Wirtschaftszweigen wirkte die Roßkur Wunder. Aus dem einst schlechtesten Telefonnetz der zivili-

oder wieder sechs Monate auf ein Telefon warten?“

Gestützt wird der Notenbankchef vom einflußreichen „New Zealand Business Roundtable“, einer Vereinigung, der die 60 wichtigsten Manager des Landes angehören. Sein Chef Roger Kerr, als graue Eminenz des Big Business angesehen, ist fest davon überzeugt, daß es zu den Reformen keine Alternative gab: „Unsere Wirtschaft war fast schon osteuropäisch – und deren Systeme sind bankrott gegangen.“

Natürlich sei es schwerer, so Kerr, der sich auf Ludwig Erhard als Vorbild beaufte, in einem reichgewordenen Land etwas zu ändern als bei Null anzufangen wie seinerzeit der Vater des deutschen Wirtschaftswunders: „Weil die Leute fragen, wozu denn, uns geht es doch gut.“

Auf den Einwand, Erhard habe ausdrücklich eine soziale Marktwirtschaft gewollt, kontert Kerr kühl: „Sozial, das haben wir doch schon längst, was wir brauchten, war der Markt, die Liberalisierung.“ □